

## Verantwortung

von Frank-Walter Steinmeier

MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Kaum ein Begriff, der in der politischen Alltagssprache allgegenwärtiger wäre, kaum ein Bekenntnis, das vielen Volksvertretern, kaum eine Aufforderung, die den Medien leichter und gedankenloser über die Lippen käme: Verantwortung ist das Wieselwort unserer Zeit. Es ist überall flink zur Stelle, wo ein Problem vermutet wird. Es beherrscht das Revier des öffentlichen Diskurses nicht durch das ganz große Pathos, sondern durch eher unauffällige Verfügbarkeit. Jede politische Richtung liebt es, keiner verschmäht es. Aber so flink es überall auftaucht, so rasch ist es auch spurlos wieder verschwunden.

Der folgenlose Gebrauch des Begriffes Verantwortung ist Beispiel für einen Mangel. Ein Mangel an Bereitschaft, den Problemen auf den Grund zu gehen und – wie Lassalle der Sozialdemokratie ins Stammbuch schrieb – zu sagen, was ist. Ein Mangel an Entschlusskraft, die Verhältnisse auch gegen Widerstände zu verändern und über Krisen nicht bloß zu lamentieren, sondern sie zu lösen. Wer Verantwortung reklamiert, soll bereit sein zu handeln. Weil zu oft das Gegenteil geschieht und das Wort als Feigenblatt für Nichthandeln benutzt wird, ist es in Verruf geraten. Gerade bei wachen und kritischen Zeitgenossen gehen geradezu die Alarmleuchten an, wenn in Reden zu Politik und Wirtschaft Verantwortung beschworen wird. Es nährt vor allem Misstrauen.

Dagegen muss es heute um Ehrenrettung für eine entscheidende Maxime demokratischer Ethik gehen. Was heißt Verantwortung? Wir



leiten sie ab aus dem Gemeinwohl. Die Forderung, verantwortlich zu handeln, richtet sich also nicht auf das Wohl einzelner privilegierter Gruppen, sondern auf das des ganzen Gemeinwesens: „Seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden“, wie es in unserer Eidesformel für höchste Staatsämter heißt. Bemerkenswert ist ein sprachliches Detail, das allerdings einen Bedeutungsunterschied markiert: Wir verbinden den Begriff mit zwei verschiedenen Präpositionen, nicht nur Verantwortung „für“, sondern auch Verantwortung „vor“. Das eine meint Sorge, das andere Rechenschaft. Verantwortung in der Demokratie bringt Fürsorge und Rechenschaft zusammen. Verantwortung bedeutet nicht nur, sich um die Beladenen zu kümmern, sondern ebenso sehr für demokratische Mitbestimmung auf Augenhöhe, für gerechte Teilhabe nicht nur am Haben, sondern auch am Sagen zu streiten. Im einen wie im anderen Falle sind es die Bürgerinnen und Bürger, die im Mittelpunkt stehen. Jede und jeder einzelne von ihnen, ohne Ansehen von Geschlecht, Herkunft, Bekenntnis oder sozialem Status, wie es politische Verantwortung im Rechtsstaat fordert.

Dieser Kompass ist wichtig. Aber man kann eben die idealtypischen Definitionen nicht ohne die vielen Beispiele der Verantwortungslosigkeit stehen lassen, die sich heute aufdrängen: Verantwortungslose Klientelpolitik, wenn etwa Steuergeschenke an Wohlhabende gehen und das Ziel kaputt machen, einen tragfähigen öffentlichen Haushalt ohne immer neue Verschuldung zu erreichen. Verantwortungslose Selbstbereicherung in einem regel-

losen Finanzkapitalismus, der die zügellosesten Spieler belohnt, während Kosten und Risiken beim Steuerzahler abgeladen und durch Sozialeinschnitte ausgewetzt werden. Schließlich auch das verantwortungslose Chaos und die Entscheidungsverweigerung versagender Koalitionen und Regierungen, die uns allen vor Augen steht durch die schwarz-gelbe Chaostruppe von Angela Merkel.

Die SPD muss als Fortschritts- und Reformkraft die Glaubwürdigkeit politischer Verantwortung erneuern. Das wird kein leichter Gang. Schwarz-Gelb hinterlässt einen Scherbenhaufen. Doch das ist nicht alles. Der Begriff der Verantwortung ist in unserer Zeit sehr viel anspruchsvoller geworden. Wo die zitierte Eidesformel als Subjekt noch ganz selbstverständlich das deutsche Volk setzt, wissen wir alle längst, dass aus der nationalen eine europäische und aus der europäischen eine globale Dimension der Verantwortung entstanden ist.

Wir dürfen, um der nationalen gerecht zu werden, die europäische Dimension nicht vergessen, geschweige denn populistisch denunzieren, wie es zum allerkleinsten parteipolitischen Eigennutzen manche Konservative tun. Und nicht nur das: Verantwortung bezieht sich im demografischen Wandel auch nicht mehr nur auf die heutige, sondern viel stärker auch auf die kommende Generation. Die SPD muss den Begriff der Verantwortung als Realpolitik stark machen: Sagen, was ist. Bereit sein zu handeln. Gradlinig bleiben. Konflikte aushalten. Widerstände überwinden.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:  
[www.werteundpolitik.de](http://www.werteundpolitik.de)